

München, 30. März 2017

Abschiebestopp nach Afghanistan – Jetzt!

Der Aktionskreis „Afghanischer Aufschrei“ ruft euch auf, den Antrag (siehe unten) an den Münchner Stadtrat gegen die Abschiebungen afghanischer Flüchtlinge zu unterstützen. Warum München: **München ist eine Metropole und als drittgrößte Stadt in Deutschland kann und muss von ihr Signalwirkung ausgehen** – nach Bayern, aber auch bundesweit und International. Wir haben einen Ruf, als weltoffene Stadt, wir haben auch eine historische Verantwortung. **Diese Abschiebungen verletzen grundlegende Menschenrechte schwer.**

Auf den letzten Abschiebeflügen kamen 18 + 5 + 5 der insgesamt 92 abgeschobenen Afghanen aus Bayern. Trotz massiver Proteste, Briefe, Demonstrationen, Petitionen, Einsprüchen von der gesamten demokratischen Öffentlichkeit wurde am Montag dieser Woche wieder ein Abschiebeflieger vom Münchner Flughafen nach Kabul geschickt. Das bayrische Sozialministerium setzt noch eins oben drauf und bedroht die solidarische, menschliche Haltung in sozialen Einrichtungen. Sie will Staatsraison für ihre menschenverachtende Abschiebepolitik durchsetzen.

Viele afghanische Flüchtlinge **leben in schrecklicher Angst**, abgeschoben zu werden - in ein Land dessen „*gesamtes Staatsgebiet ... von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifizierungsrichtlinie betroffen*“ ist (Afghanistan-Bericht des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen). Aber auch Abschiebungen in Länder, in denen „nur“ Not und Elend herrschen, sind unmenschlich!

Der mit ihrer Abschreckungs-, Abschottungs- und Abschiebepolitik weit nach rechts rückenden Regierung **muss Einhalt geboten werden!** Die bayerische Landesregierung ist der äußerst **unchristliche** und **unsoziale** Vorreiter dabei! Die Aushöhlung der Rechte von Asylsuchenden und von Flüchtlingen zielt auf eine weitere Verschärfung der Ausländergesetze und den allgemeinen Abbau demokratischer Rechte.

Es ist jetzt höchste Zeit für alle demokratisch, humanistisch, christlich, sozialistisch und antifaschistisch eingestellten Menschen, sowie für alle entsprechenden **deutschen und Migrantenorganisationen**, dagegen aufzustehen. Jetzt ist die Zeit für wirkliche **internationale Solidarität**.

Über weltanschauliche Unterschiede können wir viel streiten – hier muss das Verbindende im Vordergrund stehen: der Widerstand gegen die menschenverachtende Asyl- und Flüchtlingspolitik, der wir gemeinsam entgegen treten.

Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Der Antrag an den Stadtrat wird mit Begründung als **offener Brief an die Ausländerbehörde, die demokratische Öffentlichkeit und die Presse** verbreitet.

Der Aktionskreis „Afghanischer Aufschrei“ ist ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen und Personen, Flüchtlingshelfern, Helferkreisen und Betroffenen, insbesondere aus Afghanistan.

Marion Schmidt

Internationalistisches Bündnis

Unterzeichnet den Antrag und meldet eure Unterstützung der Aktion „*Afghanischer Aufschrei*“ für eure Organisation und/oder mit eurem Namen (mit/ohne Organisationszugehörigkeit) möglichst an

e-mail Adresse: marion-beate-schmidt@t-online.de, Tel. 0171-1465754

Marion Schmidt, Peter-Roseggerstr. 5, 85757 Karlsfeld

Verbreitet diesen Aufruf bitte über alle euch zur Verfügung stehenden Kanäle!

Beteiligt Euch – wenn möglich auch bei der Vorbereitung – an einer **Protestkundgebung vor der nächsten Vollversammlung des Stadtrates am Montag, 03. April um 18.00 Uhr auf dem Marienplatz.**

München, 11.03.2017

Antrag

An den Oberbürgermeister der Stadt München sowie die Münchner Stadtratsfraktionen und die Münchner Ausländerbehörden

Münchner Appell gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Der Aktionskreis „**Nedaje Afghan - Afghanischer Aufschrei**“ fordert Sie auf, folgenden Antrag gegen die Abschiebungen nach Afghanistan auf Ihrer nächsten Stadtratssitzung einzubringen und zu verabschieden.

Keine Abschiebungen nach Afghanistan – München muss das Bleiberecht garantieren!

Der Stadtrat München wird alle vorhandenen rechtlichen Spielräume zu nutzen, um Abschiebungen in das Bürgerkriegsland Afghanistan zu verhindern. Allen Flüchtlingen soll Zugang zu Integrationsleistungen, zu Sprachkursen, Ausbildung und Arbeit auch während des laufenden Asylverfahrens gewährt werden.

Begründung:

Der letzte Afghanistan-Bericht des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen stellt fest, dass „das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifizierungsrichtlinie betroffen“ ist. Die dauernden Terroranschläge, bei denen auch ein kürzlich „zurück geführter“ Flüchtling verletzt wurde, zeigen ganz klar: **Afghanistan ist nicht sicher**. Die Zahl von in Afghanistan getöteten Menschen stieg 2016 auf einen neuen Höchststand von 11.418 Menschen, darunter 3.512 Kinder. Trotz dieser lebensgefährdenden Verhältnisse wurden unterdessen Sammelabschiebungen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Afghanistan vollzogen, darunter waren besonders viele afghanische Flüchtlinge aus Bayern. Weitere solcher, die Menschenrechte verletzenden Abschiebungen, sind geplant.

Wenn eine Regierung Menschenrechte verletzt, indem sie Schutzsuchende in Kriegsgebiete oder auch „nur“ in Not und Elend zurückschickt, dann müssen Menschen auf anderen Ebenen Verantwortung übernehmen – ganz besonders auch in den Kommunen.

- Wir fordern den Stadtrat von München auf: Sprechen Sie sich in einem Beschluss gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus! Geben Sie den Beschäftigten der Ausländerbehörde, die sich nicht durch die Mitarbeit an den Abschiebungen schuldig machen wollen, damit politisch Rückendeckung. Machen Sie deutlich, dass Sie als politisch Verantwortliche von der Münchner Verwaltung erwarten, dass sie Grundsätze der Menschenrechte einhält und sich nicht an Abschiebungen in Kriegsgebiete beteiligt.
- Wir fordern Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter auf: Übernehmen auch Sie Verantwortung! Machen Sie als Chef der Verwaltung der Stadt München deutlich, dass Sie sich gegen diese menschenfeindlichen Abschiebungen stellen!
- Wir fordern die Mitglieder aller Parteien im Stadtrat auf: Machen Sie deutlich, dass Sie von Ihren Fraktionen im Stadtrat sowie von den lokalen Verantwortlichen in der Ausländerbehörde erwarten, Abschiebungen aus München und der Region nach Afghanistan zu verhindern. Erklären Sie unmissverständlich, dass Sie ein Wegducken derjenigen, die hier vor Ort Entscheidungen treffen, nicht akzeptieren. **Setzen Sie sich darüber hinaus auf allen Ebenen, auch auf Landes- und Bundesebene, für einen sofortigen Stopp der Abschiebungen ein.** Machen Sie Druck, damit die erzwungenen Vereinbarungen mit der afghanischen Regierung zur Aufnahme von Geflüchteten rückgängig gemacht werden.

- Wir fordern die Leitung und die Beschäftigten der Ausländerbehörde der Stadt München auf: Machen Sie keine Abschiebungen aus München nach Afghanistan möglich! Es sind die Beschäftigten der lokalen Ausländerbehörde, die den Prozess der Abschiebungen mit in die Praxis umsetzen. Sie entscheiden faktisch, welche Namen auf den Abschiebelisten stehen. Daher können auch Sie sich dafür einsetzen, dass kein Mensch aus unserer Stadt in ein Kriegsgebiet abgeschoben wird. Auch Sie haben nun die Chance konkret dazu beizutragen, Menschenleben zu retten, statt sich an der Vorbereitung, Mitarbeit und Ermöglichung der Abschiebungen zu beteiligen.

Es ist nun an Ihnen als Münchner Verantwortliche, ebenfalls nicht wegzusehen. Afghanistan ist nicht sicher – keine Abschiebungen in Kriegsgebiete!

Marion Schmidt – Internationalistisches Bündnis Peter-Roseggerstr. 5, 85757 Karlsfeld

für den Aktionskreis „Nedaje Afghan – Afghanischer Aufschrei“

Mit folgenden Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern

Claudia Stamm, *Bündnis 90/Die Grünen im Bayrischen Landtag*; Anke Fritz *Frauenverband Courage e.V. München*; Marianne Koschmann, *ver.di*, Helga Schmid, *ver.di*, Mathilde Hönig, *ver.di*; Michaela Binder, *Feministische Partei, DIE FRAUEN*, Ulrike Dienstbach, *Die Linke, München*, Marion Schmidt, *Internationalistisches Bündnis - Internationalistische Liste/MLPD München*; Brigitte Ostermayer für *Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit/IFFF, Gruppe München*; Brigitte Ziegler, *Bundesvorstandsfrau Frauenverband Courage*; Nikola Schmidt, *ver.di*; Jeter Molnia, *kurdische Frauenbewegung SARA*; Andrea Dumberger, *ver.di-Vertrauensfrau – Arbeiterwohlfahrt, München*; Sandra Steinert, *Jugendverband REBELL München*; Carmen Peschel, *Courage München*; Thomas Nowotny, *Bayerische Ärzteinitiative für Flüchtlingsrechte, IPPNW*; Uli Schäfer, *Umweltgewerkschaft, Gruppe München*; Patrick Ziegler, *MLPD München*; **Helferkreise**: Sonja Kraft, *München*, Regine Glatzer, *München*; T. und Christine Miessl, *Tacherting*; Irmgard Berger-Powerlowicz, *Niederbayern*; Elvira Bittner, *Bellevue die Monaco*; Sabine Büttner, *Peißenberg*; Heinrich Schmidt, *Dachau*; Karin Heidegger; Carola Schöngut, *München*; Norbert Steinl, *München*, Barbara Steinl, *München*; Christian Epple, *München*; Dr. Renate Schunk, *Traunstein*; Friedemann van Blou, *Prutting*; Anna Lena Lochner, Prien; Rebekka Karf, München; Kaja Haelbich, München; Martina Unger, *München*; Eva Richter, *Penzing*; Helferkreis Emertsham; Christina Achter *Institut für musikgeleitete Psychotherapie, München*; Stefanie Huber, *Lk. Rosenheim*; Annette Huber, *Lk. Rosenheim*; weitere UnterzeichnerInnen: Gabi Heise, *IGM-VKL-Infineon*; Birgit Schiel, *Vorstand Umweltgewerkschaft München*; Mariangela Pacchinei, *München*;

Und viele Geflüchtete aus Afghanistan und anderswo aus Unterkünften in und um München;